



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

22.03.1932 (Nr. 57)

L 73

Einzelpreis 15 Pfennig

Dienstag, 22. März 1932 • Nummer 57

Achtung!
Mitglieder-
versammlung
Heute, im Casino

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die NZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Auslieferung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10, auswärts RM 0.12, im Zeitteil RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengesuche RM 0.05. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.05. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Putscht das Reichsbanner?

Herr Minister Groener, packen Sie zu

Warum wir siegen!

Von Dr. Otto Dietrich

Wer am 19. ds. Mts. die Reichsführertagung der NSDAP in München, die Kampfbegründung und den neuen Angriffswillen miterlebte, der hier in wahrhaft imponierender Weise seinen Ausdruck fand, wer die trisillatäre, entschlossene und freudige Parole Adolf Hitlers für den neuen Kampf aus dem Mund des Führers entgegennahm und die gesamte sachliche Vorbereitung der Parteitagung für den 10. April zu erkennen Gelegenheit hatte, dem ist auch nicht die Spur eines Zweifels geblieben, daß die nationalsozialistische Freiheitsbewegung einen Marsch angetreten hat, an dessen Ende der Sieg stehen wird. Was berechtigt uns zu dieser Zuversicht?

Möglich, daß viele von uns — wie unsere Gegner selbst — sich in der unerwartet hohen Steigerung für Hindenburg geirrt haben, in der Voraussage des nationalsozialistischen Erfolges im ersten Wahlgang haben wir uns nicht getäuscht. Die Bewegung hat gehalten, was uns von ihr erwartet. Wie als je bisher in ihrem Siegeslauf hat sie am 13. März einen überaus wichtigen Beweis ihrer inneren Kraft und Geschlossenheit und ihrer unüberwindlichen Jugendkraft gezeigt, indem sie die vereinigte Widerstandslinie — Front aller ihrer Gegner, gegen die Macht der kapitalistischen

Berlin, 22. März. Die jüdische Presse hat sich beinahe überfliegen, als die Erklärung Severings bekanntgegeben wurde, die sich mit verschiedenen Befehlen befaßte. Die jüdische Journalistik hat aus dieser Erklärung einen ganzen „Putz“ gemacht, den man uns Nationalsozialisten anhängen wollte. Inzwischen ist diese Wahlkombe geplatzt und hat nichts hinterlassen, als ein Lächeln über diesen etwas verspäteten Fackelschritt. Wir haben darauf hingewiesen, daß es zweckmäßiger und lohnender gewesen wäre, einmal auf Seiten der „Eigennützigkeit“ nachzusehen, ob man bei dieser Organisation nicht wirklich Vorbereitungen zum Bürgerkrieg getroffen hätte. Vorgänge, die sich am Sonnabend abspielten, bestätigen unsere Ansicht.

Auf eine Anzeige hin, ließ am Sonnabend der Vorsteher des zuständigen Polizeireviere in Berlin, Hindenburgstraße 31, das dort gelegene Reichsbannerheim durchsuchen. Mit dem Erfolg, daß man zahlreiche Schusswaffen,

darunter ein Gewehr 98, Gewehr- und Pistolen-Munition, Leuchtpatronen, und Leuchtpistolen, Pflaster und ähnliches Zubehör fand. Ein regelrechtes Waffenlager also.

Der Verwalter des Hauses wurde festgenommen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wurden übrigens dem Reviervorsteher aus dem Polizeipräsidium Vorhaltungen gemacht, darüber, daß er die Hausdurchsuchung von sich aus unternommen hätte. Ob diese Vorhaltungen formaler oder grundsätzlicher Natur waren, können wir natürlich nicht entscheiden. Auf jeden Fall aber sollte diese Durchsuchung und der Waffenfund Anlaß geben, dem Reichsbanner und der ganzen „Eigennützigkeit“ endlich einmal energisch auf den Pelz rufen und bei ihnen im selben Ausmaß Hausdurchsuchungen vorzunehmen, wie sie bei der NSDAP in ganz Preußen vorgenommen wurden. Hier würde man genug belastendes Material und sozial Verfallenes finden, das den Verbot dieser Organisationen von Rechts wegen unumgänglich wäre.

man ohne ihn nicht mehr regieren und gegen ihn keine Notverordnung mehr machen kann. Dieser Bloß, dessen fester Kern am 18. März geschmiedet wurde, wird in den kommenden Tagen so stark gemacht, daß ihm die Führung nicht mehr streitig zu machen ist.

Die nationalsozialistische Bewegung ist für diesen Kampf innerlich und äußerlich gerüstet. Das hat die geführte Parteitagung in der eindringlichsten Weise bestätigt. Der Geist, der sie beherrscht, ist das Unterpaß unseres Sieges.

Braunschweig lehnt Osterfrieden ab

Braunschweig, 21. März. Das braunschweigische Staatsministerium hat dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Verwaltungsfrage erhoben und beantragt, die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schluß des inneren Friedens vom 17. d. Mts. aufzuheben, evtl. ihre Gültigkeit auf die Zeit vom 20. bis 23. d. Mts. zu beschränken.

In der Begründung wird gesagt, es werde bestritten, daß die Voraussetzungen für den Erlass der Verordnung gegeben seien. Eine erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung würde nicht eintreten, wenn die Verordnung nicht erlassen wäre. Auf jeden Fall aber müsse zum Einleitungsantrag entprochen werden, da die künftigen Interessen, die den Erlass dieser Verordnung veranlaßt hätten, genügend geschützt sein würden, wenn die Verordnung für die Ratwoche und die beiden Osterfeiertage erlassen wäre. Zumittelst über diese Zeit hinaus erhebe die Verwaltung der Notwendigkeit ihres Erlasses und damit der Rechtsgültigkeit.

Er starb im Dienste der Bewegung

SS-Quartier Witten, Benrath (Motorium der SS-Standarte 20), verunglückte Sonnabend nachts auf einer Dienstreise nach Hilden tödlich. Er starb für Deutschlands Freiheit! Sein Opfer ist uns Verpflichtung, unüberwindlich zu kämpfen wie er, bis der Sieg unserer Bewegung errungen ist.

Severing bei Brüning

Berlin, 21. März. Der preussische Innenminister Severing hat am Montag den Reichslangier Brüning aufgesucht, der sich am Montagabend nach Weimar begibt. Es ist anzunehmen, daß die Unterredung auf den starken Widerhall zurückzuführen ist, den die Maßnahmen der preussischen Polizei gegen die NSDAP in der Öffentlichkeit gefunden haben. Ueber die Bedeutung des beschlagnahmten Materials ist amtlich übrigens noch nichts mitgeteilt worden.

Sechs Wahlfreien Brünings.

Berlin, 21. März. Nach Vereinbarung des ostpreussischen Bürgerfriedens wird Reichslangier Brüning in folgenden Städten zur Reichspräsidentenwahl sprechen: Am 4. April in Stuttgart, am 5. April in Karlsruhe, am 6. April in Erfurt, am 7. April in Hamburg, am 8. April in Sietlin und am 9. April in Königsberg.

Die NSDAP ist bereit

München, 21. März. Am Samstag fand hier die unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser die große Führertagung statt, auf der die Richtlinien für den neuen Kampf um die Macht in Reich und Ländern festgelegt wurden. Sämtliche Gauleiter und Gaupropagandaleiter nahmen an der hochbedeutenden Tagung teil. Sie endete mit einer großen Rede Adolf Hitlers, der einen Feldzug gegen das System ankündigte, wie er mit solcher Macht und Kraft, mit solchem Ganzen in Deutschland noch nicht erlebt wurde.

Am Sonntag fanden bereits in allen Gaue Tagungen statt, auf der die Amtswalter der Partei aus dem Munde der Gauleiter die Weisungen des Führers entgegennahmen.

Ein freier unumwundener Tagelager, die den Entwicklungsgeboten des politischen Lebens entspricht, sowie in unserer unabhängigen Willensfreiheit und Verantwortlichkeit, diese Entwicklung als deren Träger zu vollziehen, ist unsere Siegeszuversicht begründet, und ihr entspricht auch die herrschende Front unserer Gegner vor dieser nationalsozialistischen Gefahr. Dieses Wissen und Fühlen um unsere Kraft, das durch kein noch so dialektisches Geschwätz und durch keine noch so schätzbaren Verhandlungsmanöver unserer Gegner beeinträchtigt werden kann, gibt uns den freudigen und selbstverständlichen Mut, aufs neue zum Angriff aufzusehen auf die geröchelnde und nur kläglich zusammengeklammerte Front unserer vereinigten Gegner, gibt den Millionen, die von Wahl zu Wahl aus dem feindlichen Lager zu uns fliehen, den Glauben an uns und die Gewissheit unseres Sie-

ges, an der wir selbst niemals auch nur einen Augenblick zweifeln haben.

Und drüben im Lager der Gegner? Schon ist bei vielen, die den Lügen und Verleumdungen der Hindenburg-Propagandabüchsen Gehör geschenkt haben, die Ernüchterung eingetreten: sie wird von Tag zu Tag durch die sachliche Aufklärung der Nationalsozialisten härter werden. Die verdächtigen Angelegenheiten sind nur allzu durchsichtig, die erkennen lassen, wie man versucht, den offenen Ausdruck der Finanzkrise mit Lügen und Wogen noch über den 10. April hinauszuführen, um nur ja vor der Wahl noch die Gehälter pünktlich auszahlen zu können. Warum verlegt man die Einkommensteuervorauszahlungen plötzlich vom 1. April auf den 1. März vor? Das wird Ende wird nach dem 1. April kommen, wenn die vielen Herren, die heute vor das Volk treten und mit einseitig und vor ihnen beanspruchten öffentlichen Einverleumdungen für Hindenburg werben, die neue Notverordnung herausbringen, für die sie Hindenburgs Unterstützung brauchen. Dann wird den gedankenlosen Hindenburg-Wählern, die sich am Abend umförmig beschwigen lassen, vielleicht ein Licht aufgehen, wenn sie ihr Vertrauen geschenkt haben.

Aber noch ist es nicht zu spät, um diesen hartnäckigen Geblinden erkennen zu lassen, welcher Wahnsinn es ist, mit der eigenen Stimme ihr Elend herbeizuführen zu helfen. Sie werden sich davon überzeugen lassen, daß es Aufgabe aller guten Deutschen ist, am 10. und 24. April dafür zu sorgen, daß ein nationaler Widerstands- und Freiheitsbloß errichtet wird von einer Größe, daß

stischen Internationale und die gesamte der Hindenburgfront zur Verfügung gestellte Presse, gegen den Ansturm aller öffentlichen Gemalten und aller Einrichtungen des Reichs und der Länder. Aus diesem gigantischen und wahrhaft heroischen Kampf, einer gegen alle, alle gegen einen, ist sie als ein unerlöschlicher und fackelhafter Bloß mit einem eines wird durcheinandergerichteten Hausens weltanschaulich miteinander unvereinbarer parteipolitischen Trümmer siegreich hervorgegangen. 11,3 Millionen entschlossene Kämpfer konnten sich gegen eine Welt von Feinden und allen Lügen, Verleumdungen und Drohungen zum Trotz zur nationalsozialistischen Schlachtagemeinschaft und ihrem Führer Adolf Hitler. Mit Recht dürfen wir stolz sein auf diesen ersten großen Erfolg, der uns die Gemah und Gesundheit gibt, daß die nationalsozialistische Freiheitsbewegung gekämpft im Kampfe und im Feuer der Verleumdungen so fest gegründet ist im Herzen des deutschen Volkes, daß sie keine Macht der Welt mehr daran hindern kann, ihr großes und reines Ziel zu erreichen, das nicht aus der Präsidentenwürde willen von ihr erkräftet wird, sondern um ein größeres: Um Deutschlands.

Die schon längst gedämpften und mißtrauenden Siegesfanfaren unserer vereinigten Gegner von Weimar bis Griespahn mögen sich keiner Täuschung darüber hingeben. Und wenn man ihre künftige, verzweifelte Stimmungsmache richtig zu deuten versteht, dann weiß man, daß sie hinter diesem ihrem Phosphorbusch die lebendige und organisch heranwachsende Kraft des neuen, jungen Deutschland nur allzu gut fühlen, dessen unheimlich

Im Zeichen äusserster Kampfschlossenheit

München, 20. März. Am 19. März fand in München in Anwesenheit Adolf Hitlers eine Reichsführer-Tagung der NSDAP statt, die sich mit der politischen Lage befaßte und auf der die Richtlinien für den kommenden politischen Kampf, insbesondere für die bevorstehenden Wahlen im Reich und in den Ländern ausgegeben wurden. Den Vorsitz der Tagung führte Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser.

Nach einem zusammenfassenden Rückblick des Reichsorganisationsleiters auf den erfolgreich beendeten ersten Kampfabschnitt der Reichspräsidentenwahl wurden dem Reichspropagandaleiter die Anweisungen des Führers für den neuen großen Propagandakampf und seine technische Durchführung bekanntgegeben. Dabei kam zum Ausdruck, daß der 10. April zugleich der erste Tag des Kampfes für den folgenden 24. April sein werde. Besonders bemerkenswert war, daß auch in der ausgedehnten Aussprache, an der sich fast alle Führer beteiligten, nicht einmal der von den anderen Teilen der nationalen Opposition ausgesprochenen Gebante auftauchte, den begrenzten Kampf um die Reichspräsidentenwahl abzugeben und einzustellen. Vielmehr Kampfschlossenheit war das hervorsteckende Merkmal dieser Führerbefragung.

Der Höhepunkt der Reichsführer-Tagung bildete die Ansprache

Adolf Hitlers,

der u. a. ausführte, daß niemand, der das innere Wesen der Partei kenne, auch nur eine Sekunde lang im Zweifel sein könne über die Fortführung des Kampfes. Es sei für die NSDAP unmöglich, ja undenkbar, auch nur einer einzigen Schlacht auszuweichen, die zu schlagen sich ihr biete. Wie noch selbst die Gegner den gewaltigen Erfolg der NSDAP, einfach, und wie groß ihre Furcht vor dieser Bewegung sei, gehe aus dem topischen Coverings hervor. Die NSDAP habe nicht den geringsten Grund, eine neue Schlacht zu scheuen. Alles könne die NSDAP ertragen, nur eines würde sie nicht aushalten: Stillstand oder Kampfaufgabe. Sie sei entschlossen, zu kämpfen bis zum letzten Atemzug. Die NSDAP glaube an den Sieg, weil ihr unabwägbler Siegeswille, ihre absolute Fähigkeit und Beharrlichkeit ihn verbringe. Es sei kein Zufall, daß er die beste und zuverlässigste Stimmung, die er je in den 13 Jahren seiner Arbeit erlebt habe, gerade jetzt in diesen Tagen nach dem 13. März erlebe. Die Tausende von Telegrammen und Briefen, die er in diesen Tagen erhält, seien alle auf den gleichen kampfschlossenen Ton geformt: „Jetzt erst recht!“ Sie alle fühlen, so wie er, daß es für ihn undenkbar sei, einen einmal begonnenen Kampf vor dem Siege aufzugeben. Spontan und einmütig brachte die gesamte Führerschaft zum Ausdruck, für immer und für allemal — so wie Adolf Hitler — die unerschütterlichen Willensträger der Bewegung zu sein.

Gregor Strasser schloß die von glühendem Kampfsinn und Siegeswillen bekehrte Tagung mit der Aufforderung, diesen Geist mitzuziehen in alle Gänge des Reiches, damit der phantastische Erfolg, den die nationalsozialistische Freiheitsbewegung am 13. März erreicht, am 10. und 24. April seine Krönung finde.

„Gleiches“ Recht für alle!

Die „Deutsche Luftfahrt-Nachrichten, Eilendienst des Verlages „Die Luftfahrt“, Berlin 10, Schell-Haus, bringen in Nr. 13 ihres Jahrganges 1932, vom 14. März 1932, folgende Notiz unter Handelschiffahrt:

„40 Millionen Passagierblätter für Hindenburg wurden allein aus Verlesungsungen abgeworfen, die im Dienst des Bahndienstes 300 Passagieren leisteten und von folgenden Reichsbahn-Stationen: Berlin, Breslau, Danzig, Stettin, Stolp, Königsberg, Barnimünde, Magdeburg, Dessau, Schöneberg, Dresden, Kiel, Hamburg, Oldenburg, Hannover, Erfurt, Offen und Frankfurt a. M. In verschiedenen Bezirken wurde die Genehmigung zum Abwurf von Flugblättern nicht erteilt.“

Die Luftmacht unterhält sehr gute Beziehungen zum Reichsverkehrsministerium und ist daher in solchen Dingen zuverlässig unterrichtet.

Von den Oberpräsidenten Hans in Kassel ging der Gaudium Heffen-Nachricht der NSDAP auf ihren Antrag um Genehmigung zum Abwurf von Flugblättern aus Luftfahrzeugen folgender Reichsbahn:

„Auf den Antrag vom 11. März 1932: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihren Antrag auf Abwurf von Flugblättern aus Luftfahrzeugen über den Stadtbezirk Frankfurt am Main und Wiesbaden zu unterstützen.“

Gau Weser-Ems protestiert

Die Zeitung des Gaues Weser-Ems der NSDAP hat an das Reichsinnenministerium folgendes Telegramm gerichtet: Gegen die aus wirtschaftlichen Gründen vorgenommenen Durchführungen der nationalsozialistischen Geschäftsstellen im Wahlkreis Weser-Ems (Wilshefen, Dänndorf u. a.) erheben wir schärfsten Protest. Diese Durchführungen entstehen jeder rechtlichen Grundlage und sind nur reinen, die öffentliche Ruhe und Ordnung, auf deren Erhaltung das letzte System so viel Gewicht legt, zu hören. Oldenburg i. O., den 18. März 1932. Röver, M. d. R., Spangemann, M. d. R., Thiele, M. d. R.

Wir vergeben Arbeit

Der „Bund der Arrianten“, nat. soz. freih. Arbeitsdienst auf dem Rande, Bau Meßburg hat über 200 Arbeitsstellen offen.

Arbeitsgruppen von 6-20 Mann und Einzelstellen. Jeder, der noch gesund und nicht vom Stempelgeld leben will, oder auch nicht mehr jenseits kann, — der arbeiten will, melde sich. Die Entlohnung ist tarifmäßig nach dem Frei-arbeiterlohn, die Verpflegung nach dem eigenen (Arrianten) zureichend gelöst. Die Wohnräume sind sauber, die Behandlung gut. Der Betrag läuft von April bis November-Dezember. Überwinterungsmöglichkeit, Winter-schlafgänge und Schlussschlaf in den Wintermonaten. Ohne Zweifel ist das Leben am Rande vielfach gesünder als in der Stadt. Und jeder Nationalsozialist mag bedenken, daß es erste Aufgabe des nat. soz. Staates ist, die gefunden Volksgenossen wieder mit der Scholle zu verbinden. Die Zukunft der jungen Generation liegt am Rande! Auch Deine Kamerad! Die Arrianten sind Dienstfreiwilliche, die sich an der vorderen Front des nat. soz. Kampfes, dort wo Kampf und Aufbau nebeneinanderliegen, ihr Anrecht auf ihre Zukunft im „Dritten Reich“, durch

reife Pflichterfüllung erwerben. Die Arrianten-schaft ist eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft. Das Leben ist einfacher, härter, aber bestimmt tiefer und wertvoller als in der Stadt. Nicht mehr dort, eingekerkelt auf Schein, Worte und Täuschung, da hier schon die Arbeit und das Leben in der Gemeinschaft den Menschen prüft und sein unverfälschtes Eigenleben zeigt. Das Sein am Rande ist maßvoller! Die einmal in unseren Reihen standen, kommen immer wieder, oder bleiben, wenn sie rechte Kerle sind — ganz. Die bleiben wollen, lernen Landleben und Arbeit — und stellen im nat. soz. Staat mit dem Vortrupp der Siedlung im Osten! Wer arbeiten will und sich zur reifen Pflichterfüllung bekennt, wer in der Stadt seinen Weg mehr sieht zu leben, Familie und Zukunft und neue Lebensgrundlage sucht, wer Bauer (Siedler) werden will, — der melde sich!

Die Altersgrenze liegt zwischen 18 und 30 Jahren. Landarbeit lernt bei guten Willen jeder Kamerad, aus jeder Berufsrichtung. Bei Aufgabe Rückposten belegen. Heil Hitler! Bund der Arrianten Seerich, Post Meßburg (Meßburg).

Sprengstoffanschlag auf Nationalsozialisten

Nach, 22. März. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht zum Donnerstag auf das Haus eines Nationalsozialisten in Bessweiler ein Sprengstoffanschlag verübt. Da die Sprengstoffe nicht in die Erde eingegraben waren, wurde nur ein Reliktseignis aus dem Material herausgerissen. Im Zusammenhang mit diesem Vorfall wurde ein Mann, der Mitglied des Kommunistischen Kampfbundes gegen den Faschismus ist, festgenommen und nach Nach ins Gefängnis gebracht.

Kommunistisches Waffenlager ausgehoben

Köln, 19. März. Die Polizei von Sieglar hatte erfahren, daß am Tage nach dem vor etwa zwei Monaten ausgeführten Sprengstoffanschlag bei der Dynamit A. 10. in der Nähe von Sieglar ein schweres Kiste unter getarnten Umständen vergraben worden war. Die Polizei ließ an der bezeichneten Stelle nachgraben und stieß tatsächlich auf eine große Kiste, in der nahezu 900 Schuss Infanteriemunition, ein Karabiner Modell 98, ein französisches Gewehr, zwei Seitengewehre, 110 Bajonnette und weitere Einzelteile gefunden wurden. Als Täter konnten zwei Brüder aus Sieglar in Frage, die verhaftet wurden. Die festgenommenen gehören der kommunistischen Partei an. Bei Durchsuchungen in ihren Wohnungen fand man weitere Munition, die mit den in der Kiste gefundenen übereinstimmten.

Falschmünzerei entdeckt

Berlin, 21. März. In Stuttgart wurde am Sonntag eine Falschmünzerei ausgehoben. Mehrere hundert sechs Reichsmarknoten, sogenannte „Kaufmann“, der erst vor zwei Monaten aus Südamerika zurückgeführt ist, Schräder hatte sich in der Wohnungskasse eine Werkstatt mit Maschinen eingerichtet, in der zwei Arbeiter Tag und Nacht mit der Herstellung von falschen Einheitsmünzstücken beschäftigt waren. Durch einen Streik mit seinem Hauswirt, dem die achteinhalbmonatige ununterbrochene Tätigkeit in der Werkstatt nicht ganz geheuer war, wurde die Sache der Polizei gemeldet. Diese fand Falschmünzerei im Wert von zusammen 15 Millionen Mark. Die Scheine stellen eine verblüffend gute Nachahmung der echten hundertmarktnoten dar. Insgesamt soll etwa fünf bis acht Millionen falsches Geld hergestellt worden sein.

Zur Aushebung der Falschmünzerei.

Stuttgart, 21. März. Zu der Aushebung der Falschmünzerei in der Wohnungskasse in Stuttgart wird gemeldet, daß bis jetzt insgesamt acht Verdächtige verhaftet wurden, darunter der mutmaßliche Leiter, ein gewisser Drudekreibitzer Streiter. Der Kaufmann Schräder hatte dort eine Werkstatt mit Maschinen eingerichtet. Zusammen mit zwei Steinbrünnern, Vater und Sohn, wurde die sehr gut nachgeahmten 100-Mark-Scheine in Tag- und Nachtschichten hergestellt. Vor etwa 14 Tagen zog dann eine Drudekreibitzer in das zweistöckige Gebäude. Jeden Tag wurde bis Mitternacht und darüber hinaus gearbeitet. Man nahm an, daß die Drudekreibitzer Wahlgeld herstellte. Die Fenster waren mit weißer Farbe gestrichen. Auch soll viel bei roten und blauen Licht gearbeitet worden sein. Die Falschmünzerei soll entgegen anderslautenden Berichten dadurch entlarvt worden sein, daß ein früherer Arbeiter des Drudekreibitzers Streiter, der Vorkundungen hatte, am Sonntagabend die Werkstatt betrat, sofort die Lage überprüfte und daraufhin die Polizei benachrichtigte.

Bombenexplosionen in einer Hochschule.

Neu York, 21. März. In der Hochschule in Springfield im Staate Illinois ereigneten sich in der Sonntagnacht mehrere schwere Explosionen, durch die zehn Personen schwer verletzt und das Gebäude erheblich beschädigt wurde. Sechs Feuerwehreinheiten, zwei Studie-

rende und einige andere Leute waren im Gebäude, ein ausgebrochenes Feuer in dem Gebäude zu löschen, wobei sich dann ganz unerwartungsweise diese Explosionen ereigneten, die die Polizei auf Bomben zurückführt.

Was sich liebt?

Offiziell wird mitgeteilt, daß der Berliner Polizeipräsident Borchers (!) Weis gegen die „Märkische Volkszeitung“ Strafantrag gestellt habe, weil diese ihm unterstellt hat, er sei der Propagator der Gottlosen-Bewegung. Dieser Strafantrag, dem sich der marxistische Polizeipräsident als Borgelehrer angeschlossen, enthält eine gewisse Komik nicht; die „Märkische Volkszeitung“ ist nämlich der Provinz abgelehrt der „Gemeinde“, des zentralistischen Regierungsorgans. Demnach scheint die Zerrüttung der harmonischen Ehe von schwarz und rot ziemlich weit fortgeschritten.

Polsische Regierungsbildung

Warschau, 21. März. Die angekündigte Umbildung der Regierung Pryor ist am Sonntag erfolgt. Juridetreten sind Landwirtschaftsminister Janina-Polanski, Agrarreformminister Professor Koslowski und Minister für öffentliche Arbeiten, General Norwid-Neugebauer. Zum Landwirtschaftsminister und Agrarreformminister wurde der bisherige Direktor der Staatsfinanzen in Warschau, Lubinski ernannt. Dem Eisenbahnminister Kozminski wurde gleichzeitig die Vertretung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten übertragen. Zum stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde der bisherige Finanzminister, Professor Janowski berufen, der zugleich mit der Reichspolizei der Regierung betraut wurde.

Der Umbildung des Kabinetts Pryor kann weiter eine größere politische Bedeutung beigegeben werden. Die Ernennung Janowskis zum Leiter des Kabinetts läßt darauf schließen, daß wirtschaftliche und finanzielle Fragen im Vordergrund des Arbeitsprogramms der veränderten Regierung Pryor stehen werden.

Meschugge!

Darmstadt, 21. März. Die Sozialdemokratische Bundesschaft hat beim Landtag beantragt, die heilige Regierung möge alle militärisch organisierten Verbände der NSDAP mit sofortiger Wirkung auflösen und ein gleiches Erlassen an die Reichsregierung und an die übrigen deutschen Länderregierungen richten.

Oldenburgischer Volksentscheid verschoben.

Oldenburg, 21. März. Mit Rücksicht auf die am 10. April stattfindende Reichspräsidentenwahl ist der Termin für den oldenburgischen Volksentscheid vom 10. April auf den 17. April verschoben.

Massenverhaftungen von Nationalsozialisten

Proz. 21. März. Am Sonabend erfolgten in der Tschekoslowakei Massenverhaftungen von Nationalsozialisten in der „Volksfront“-Angelegenheit. In Böhmen-Prag, in Leitmeritz, in Tesch-Schönau und in Prag wurden Verhaftungen vorgenommen. In Prag und Umgebung wurden 24 junge Leute verhaftet, in Eger sechs Personen, in Brünn und Troppan zwölf Personen. In Reichenberg wurde ein Staatsgewerkschafter verhaftet. In Eger soll der Wortlaut eines Eides gefunden worden sein, der die Mitglieder zum Kampf für die Trennung der deutschen Gebiete von der Tschekoslowakei und für ihren Anschluß an Deutschland verpflichtet hat.

In der „Prager Presse“ äußert sich der tschechoslowakische Innenminister Slavik über die Verhaftungen. Er sagt u. a.: Es wurde festgestellt, daß in Prag eine Begrüßung des Vereins besteht, die den Behörden nicht gemeldet worden ist. Ihre Tätigkeit wurde unterbunden und Haus-suchungen vorgenommen. Dabei wurden verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt, die auf den Verband hindeuten. Diese Geheimorganisation hatte ihre Tätigkeit nach militärischer Art entwickelt, wobei sie mit ähnlichen reichsdeutschen

Organisationen in Verbindung stand, von denen es bekannt ist, daß sie die Vereinigung aller Deutschen, und zwar auch jener antreiben, die in anderen Staaten, als in Deutschland leben, also auch in der Tschekoslowakei. Dadurch war ihre Tätigkeit gegen die Verfassung der Tschekoslowakei gerichtet. Die Untersuchung ist noch nicht vollständig abgeschlossen.

Außerdem haben die zuständigen Behörden nach weitere Maßnahmen getroffen, um einer Bedrohung des allgemeinen inneren Friedens der Republik vorzubeugen. Die Behörden erlauben den deutschen Nationalsozialisten bis auf weiteres keine Kundgebungen unter freiem Himmel. Weiter wird das Auftreten fremder Staatsangehöriger als Redner in Versammlungen der Nationalsozialisten nicht geduldet. Es liegt nur an der weiteren Haltung der Partei, ob die Behörden nach einiger Zeit von ihrem Vorgehen wieder Abstand nehmen können oder ob sie gezwungen sein werden, gegen die Partei weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Hindenburgs Heimat gegen ihn?

Der Kempporter Herald, die Zeitung der Deutschen in den Vereinigten Staaten, schrieb vor der Reichspräsidentenwahl folgendes:

„Königsberg, 4. März. Ueberraschenderweise befanden sich in der engeren Heimat Präsident von Hindenburgs, Ostpreußen, das er in der historischen Schlacht von Tannenberg den russischen Eindringlingen entziffen, starke Zweifel, ob er sich hier, in den Wäldern am 13. März, gegen Adolf Hitler behaupten wird können. Danzig, Memel und vor allem der Korridor und in Sonderheit auch die schwere Wirtschaftskrise, die gerade die Bauernbevölkerung Ostpreußens aufs schwerste getroffen hat, stehen hier im Vordergrund der politischen Erwägungen, und der größte Teil der Bevölkerung ist erbittert gegen die herrschenden Zustände und die Regierung in Berlin. Hitler und seine Nationalsozialisten vernachlässigen unter diesen Umständen hier einen großen Anhang zu sichern und auch das kommunistische Element scheint im Zunehmen begriffen zu sein, wogegen die gemäßigten Parteien offenbar stark einschrumpfen.“

Die Wahlergebnisse aus den Gebieten Ostpreußen, Pommern und Schlesien haben die Möglichkeit dieser Auffassung durchaus bestätigt. Das ist um so bezeichnender, da man naturgemäß gerade aus diesen Bezirken einen hohen Sieg Hindenburgs erwartete.

„Wiederherstellung des Vertrauens“

Belgrad, 21. März. Außenminister Marinkovic kehrte Sonntag aus Genf nach Belgrad zurück und gab bei seiner Ankunft bemerkenswerte Erklärungen über den von Lardieu geplanten Donaubau ab. Der Minister betonte eindringlich, daß sich die ganze Frage augenblicklich noch im Stadium der Erörterung befindet, da der französische Vorschlag den Regierungen der Donauländer noch nicht einmal amtlich mitgeteilt sei. Diese Vorkundungen hätten bis jetzt keine Einigung zwischen Frankreich, Deutschland, Italien und England erbracht. Einige von diesen Mächten ständen nämlich auf dem Standpunkt, daß Frankreichs Finanzhilfe zuerst für Österreich und Ungarn herbeigeführt werden solle. Es sei jedoch ausgeschlossen, daß die französische Regierung Kredithilfe für Wien und Budapest in Erwägung ziehen könnte, solange in wirtschaftlicher Hinsicht im Donaubau nicht ein bißchen Ordnung gemacht worden sei. Es handle sich zuerst um die Wiederherstellung des Vertrauens, denn sonst könnte es geschehen, daß in einigen Monaten an hohe neuen Kredite wieder einfielen würden.

Kowno will sich einverstanden erklären

Kowno, 21. März. Nach dem Schritt der Unterzeichnermächte des Memelabkommens am Sonabend hielt das litauische Ministerkabinett eine außerordentliche Beratung ab, zu der auch der Vorführende des Staatsrats und der Rechtsberater der Regierung hinzugezogen waren. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wurde der Beschluß gefaßt, sich dem Wunsch der Unterzeichnermächte, die Memelangelegenheit dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten, nicht zu widerstellen, die weitere Entwicklung im Memelgebiet sich nach der Abklärung Botighers zwangsläufig ergebe. Man sieht auf dem Standpunkt, daß die Sowjetmacht Litauen über das Memelgebiet in der Frage der Bildung des Direktoriums ein für allemal fassgeklärt werden müsse, um ein weiteres Zwischenfallen ähnlicher Art vorzubeugen. Die in der Note der Unterzeichnermächte enthaltenen Einwände und Warnungen, so wird erklärt, können nicht den Anspruch erheben, sich auf die rechtlichen Voraussetzungen des Memelabkommens zu stützen, sondern seien als Meinungsverschiedenheit zwischen Litauen und den Unterzeichnermächten aufzufassen.

Amtl. Bekanntmachungen

Bekanntmachung
über die Offenlegung der Einheitswerte

Die nach dem Stande vom 1. Januar 1931 festgestellten Einheitswerte des Grundbesitzes werden in der Zeit vom 21. März 1932 bis einschließlich 20. April 1932 im Finanzamt offengelegt und zwar in den Dienststunden von 8 bis 1 Uhr.

Außerdem werden in dieser Zeit in den Dienststunden der Gemeindevorstände während der Dienststunden diejenigen Teile der Offenlegungsliste offengelegt, die den in der Gemeinde liegenden Grundbesitz betreffen. In den Dienststunden der Gemeinde Stadt-Bremen findet jedoch eine Offenlegung der Einheitswerte nicht statt.

In die Offenlegungsliste ist der weitestgehende Teil der Einheitswerte eingetragen. Soweit die Einheitswerte nicht eingetragen sind, werden die Vermögensgegenstände der Eigentümer hierüber spätestens bis zum Beginn der Offenlegungstrift besonders benachrichtigt. Soweit dagegen die Einheitswerte in die Offenlegungsliste eingetragen sind, erhalten die Eigentümer regelmäßig keine besonderen Mitteilungen. Es müssen also die Eigentümer von Grundbesitz, denen keine besonderen Mitteilungen ausgehen, Einsicht in die Offenlegungsliste nehmen.

Die Offenlegung ist der Erfolg für die besonderen Feststellungsbescheide, die früher erteilt worden sind. Der Einspruch gegen die Einheitswerte, die in die Offenlegungsliste eingetragen sind, kann in der Zeit bis zum Ablauf des 20. Mai 1932 bei dem Finanzamt entweder schriftlich eingereicht oder zu Protokoll erklärt werden.

Bremen, den 20. März 1932.
Finanzamt Bremen-Mitte,
Bremen-Ost, Bremen-West.

Eröffnung der Mechaniker-Zimmung (Zwangszimmung) zu Bremen.
Nachdem auf Grund Beschlusses der außerordentlichen Jahresversammlung vom 4. Januar d. J. die Durchführung der Zwangszimmung vom 22. Mai 1931 über die Errichtung der Mechaniker-Zimmung (Zwangszimmung) zu Bremen beantragt worden ist, wird gemäß § 100 t Abs. 3 Abs. 3 die genannte Zimmung mit dem 31. März d. J. geschlossen.

18. 3. 1932.
Gewerbekommision des Senats.

Gericthl. Bekanntmachungen

In Sachen betr. den Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Joseph Futer, alt. Inb. der handelsgerichtl. nicht eingetragenen Firma Futer & Pöhlte in Bremen, ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Betriebsführung zu berücksichtigenden Forderungen,

zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht vermehrten Vermögensgegenstände und zur Festlegung von Honorar und Auslagen des Verwalters und der Gläubigerausgleichsmittelgeber auf

Dienstag, den 12. April 1932,
vormittags 9.15 Uhr,

vor dem Amtsgericht, im Gerichtshaus hier selbst, 1. Obergeschoss, Zimmer Nr. 84 (Eingang Osterortstraße) anberaumt.

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Franz Heinrich Rhode in Bremen ist am 7. März 1932 nach rechtskräftiger Befestigung eines Vergleichs aufgehoben worden.

17. 3. 1932.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Stadttheater

Heute

Dienstag, 20.30 Uhr, 145. Ab.-P.
Zweite Vorst. im Goethe-Festspiel

Gedenske gesprochen von
Dr. Rud. Alex. Schröder

„Iphigenie auf Tauris“

Mittwoch, 20.30 Uhr, 146. Ab.-P.
Dritte Vorstellung im Goethe-Festspiel

„Faust“

in der ursprünglichen Fassung.

Donnerstag, 19.30 Uhr, 147. Ab.-P.
Letzte Vorstellung im Goethe-Festspiel

Gastspiel Heinrich George
vom Staatstheater in Berlin

Götz von Berlichingen

Göt. . . . Heinrich George

Freitag, 19.30 Uhr, 148. Ab.-P.
„Die Zauberflöte“

Sonntag, 18. Uhr, 149. Ab.-P.
„Parsifal“

Montag, 15. Uhr, 59. Nachm.-Vorst.
„Im weißen Rößl“

20. Uhr, 150. Ab.-Vorstellung
„Die schöne Helena“

Dienstag, 20. Uhr: Geschl. Vorst.

In den Centralhallen
Hüsterstraße

Vollständige Vorstellungen des
Stadttheaters

Sonntag, 27. März, Mittwoch,
den 30. März und Donnerstag,
den 31. März, abends 20.15 Uhr:

In neuer Einstudierung
„Mein Leopold“

Vollständ. in 3 Akten von M.
P. Arron, Musik von R. Bial

E. Jonas mit Gesangs- und
Szenenlagen. Kleine Preise:

50 Pfg., 1.—, 1.50, 2.— Mk.

Vorverkauf täglich!

Stellengesuche

SA.-Mann,
in Stellung, s. Beschäftigung in
Kolonialwaren und Feinkost
Ang. u. B 337 b. V.

Insertiert
in der
BNZ

Kaufgesuche

Erwerbsloser SA.-
Mann sucht billige
Häutigkeitschrank
Ang. u. H 333 b. V.

Ranzen (Alten)
zu kaufen gesucht.
Ang. u. W 332 b. V.

Arno Telling

Spezialhaus für
Schirme - Stöcke
Pfeifen

Schach

in größt. Auswahl
Ostertorsteinw. 12

Stellengesuche

Zwei verheiratete
erwerbslose SA.-
Männer suchen
Beschäftigung in
Landungsräumen.
Ang. u. A 336 b. V.

Grosser Posten

Bomann-Gasherde
von RM. 79.- an

Struckmann
Nordstrasse 7/9

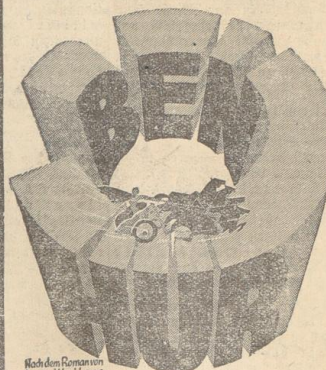
Varnhagen's Reinigungs-Institut

übernimmt Reinigung von Fenstern in
und außer Abonnement, sowie sämtliche
aus Fach einschulende Arbeiten.

L. Varnhagen
Kleine Krankenstr. 14, Fernruf. 1402

Denkt an unsere SA.-Küche!

Der gewaltigste Film
der je geschaffen wurde
jetzt als Tonfilm



Nachdem Romanen
Lew Wallace
REGIE: FRED NIBLO

Tonfassung

Mit Ramon Navarro

TIVOLI-THEATER

330, 600 kleine Preise 845 gew. Preise

Jugendliche haben 3.30 u. 6.00 Uhr für 0.50 und 0.75 Mk. Zutritt

Christ

bedenke, daß du ein Christ bist!

Darum

kaufe nur im christlichen Geschäft!

Mein Ostergeschenk für Sie:

Ich gebe auf über

1000 Anzüge und Mäntel

in modernsten Farben und Formen
bis

Ostersonnabend 10%



Berichtigung

In meinem Inserat vom Sonnabend:

„Die neuesten Frühjahrsmodelle“

muß es richtig heißen:

Herren-Halbschuh, Boxcalf . . . **10⁵⁰**

Damen-Trotteur-Schuh **8⁵⁰**

Schuhhaus Wachendorf

Ostertorsteinweg Nr. 49 beim Schauspielhaus

Filiale: Heß-Schuhe, Obernstraße 22-24



J. C. KAYSER
FAULENSTRASSE 15

Erstes Spezialhaus f. Herrenwäsche u. Krawatten

Mietgesuche

4-5-Zimmer-
Wohnung
gesucht.

Angebot mit Preis
unter X 333 b. V.

**Oster-
Geschenke**

in großer Auswahl
u. in jeder Preislage

Joh. D. Behrens

Domhof 12 u. Steffensweg 29

Ein kleiner Laden

aber
Bitte gnädige Frau überzeugen
Sie sich selbst, besuchen Sie das
gute Puhgeschäft

Karl Bewie, Vetterstr. 4

Mitglieder-Versammlung

„CASINO“, Heute, 22. März, 20.30 Uhr

Eintritt nur gegen Ausweis.

N. S. D. A. P., Ortsgruppe Bremen.



Auch ein „Rechenschaftsbericht“

Das sollte der Herr Reichsverkehrsminister im Rundfunk vortragen — Weiterer Rückgang bei der deutschen Reichsbahn

Von E. Stürz, M. d. R. Mitglied des Verkehrsausschusses.

Wie bisher regelmäßig, sei auch jetzt wieder der letzte Vierteljahresbericht des Reichsverkehrsministeriums über die Betriebs- und Verkehrsverhältnisse sowie die Geschäftsergebnisse der Deutschen Reichsbahn an dieser Stelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Er ist alles andere als geeignet, irgendwie eine Hoffnung aufkommen zu lassen, als machten sich im deutschen Wirtschaftsleben auch nur leise Anläufe einer Aufwärtsentwicklung bemerkbar.

Der unterm 8. März den zuständigen Abgeordneten zugeleitete und von Herrn Minister Treutmann verantwortliche geschätzte Bericht beginnt mit der Feststellung, daß

der Personenverkehr

im Berichtsjahr (1. Oktober bis 31. Dezember 1931) durchweg schwach gewesen sei und weitgehend unter den entsprechenden Zahlen des vorausgegangenen Jahres lag, um nach einer zahlenmäßigen Erörterung dieser Tatsache fortzufahren:

„Die durch die allgemeine wirtschaftliche Notlage für den Reichsbahnverkehr hervorgerufenen Hemmnisse machten sich im Personenverkehr in immer stärkerem Maße bemerkbar. Der Verkehrsverfall ging bei der steigenden Arbeitslosigkeit stetig weiter zurück. Der Ausflugs- und Wochenendverkehr war auch bei günstiger Witterung unbedeutend; die Abwanderung in die Dolklassie nahm an Umfang zu.“

Man kann wirklich nicht behaupten, daß eine derartige Einleitung zum Optimismus verführen kann. Es ist nur bedauerlich, daß der Herr Reichsverkehrsminister nicht Gelegenheit nimmt, an Rundfunk derartige Dinge zur Kenntnis des unter seiner Leitung stehenden Volkes zu bringen.

Ungeheim hat Herr Treutmann beim Ministerium zu berichten, daß etwas geschehen ist, um dieser Salamiart Herr zu werden. Man hat — wir leben bekanntlich im Zeitalter des Verkehrs — mit Rücksicht auf den kurzen Rückgang des Personenverkehrs einige nicht im Jahresabrechnung vorgesehenen Einrichtungen vorgenommen. — Es soll aber, immer noch dem amtlichen Bericht des Reichsverkehrsministers, darauf geachtet worden sein, daß die Reis- und Anfahrsmöglichkeiten nicht wesentlich (von mir hervorgerufen, D. V.) beeinträchtigt wurden. — Und das besaß sich hinterher der Herr Reichsverkehrsminister darüber, daß „die Kraftwagen nicht weniger sich in recht scharfer Form bemerkbar macht. Hier scheinen Ursachen und Wirkungen außerordentlich nahe zu liegen.“

Was die Entwicklung des Güterverkehrs

betrifft, so läßt man am besten den Bericht selber sprechen. Jeglicher Kommentar erübrigt sich.

Wir finden da folgende Sätze, die mit geradezu erschütternder Deutlichkeit zeigen, wie es mit dem deutschen Wirtschaftsleben vergangen ist:

„Der Güterverkehr war im Oktober 1931, verglichen mit dem Spätherbstverhältnissen im gleichen Monat der Vorjahre, außerordentlich gering. Im November betrug der Güterverkehr weiter zurück und erreichte im Dezember einen bisher nicht gekannten Tiefstand. Die zunehmende Schwächung der Kaufkraft breiter Volksschichten verringerte den Güterabsatz. Dauernde und vorübergehende Betriebserschwerungen und Stilllegungen deutscher Wirtschaftsbetriebe mußten infolgedessen durchgeföhrt werden.“

Wohlgemerkt, solche Feststellungen trifft ein Reichsministerium! Leider vermischen wir, daß man innerhalb der Reichsregierung auch nur den bescheidensten Versuch gemacht hätte, aus diesen, an sich durchaus richtigen Erkenntnissen die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Man hat von Regierungssseite ganz im Gegenteil ein Nationalsozialistisches, wenn wir das bloß behaupten, der Demagogie verdächtig etwas von „wenn auch langsam, so doch stetigen Fortschritt“ erzählt, und es gab leider Gottes Millionen, die sich mit solchen Redensarten be-... machen ließen. Ganz offen gibt der Bericht des Herrn Reichsverkehrsministers zu, daß

die Wagenentstellung

für den Motorsport von Ruhrkohle ständig zurückgegangen sei, daß aber in steigendem Maße sich der Wettbewerb ausländischer — in erster Linie englischer — Kiste bemerkbar gemacht habe. Auch in allen anderen Zweigen der deutschen Volkswirtschaft wird Ähnliches festgestellt, mit besonderer Deutlichkeit auf dem Gebiete des Baumarktes. Hier schreibt der Berichtsführer wörtlich: „Die Bauwirtschaft verlor infolge des Niederganges im November fast vollständig zum

Erliegen; sie wurde nur noch in den dringenden Fällen aufrecht erhalten. Infolgedessen hörten die Verdingungen von Baustoffen aller Art im Dezember fast ganz auf. Für die Verdingung von Zement wurden beispielsweise (in Klammern die Zahlen des Jahres 1930):

im Oktober	19 621	(31 720)	Wagen
im November	13 043	(22 356)	Wagen
im Dezember	5 960	(13 870)	Wagen

Es zeigte sich also hier, gegenüber dem vorhergehenden Jahre, ein Rückgang, der im letzten Berichtsmonat erheblich mehr als die Hälfte betrug. Das war um die Zeit, als uns der Herr Reichsminister am Rundfunk weismachen wollte, daß durch seine „Preislenkung“ eine „Belebung der deutschen Volkswirtschaft“ eintreten würde.

Und die Regierung wirkt uns vor, wir zogen die Volksmassen mit Versprechungen an.

Das natürlich, Herr Treutmann, es nicht unterläßt, auf

die Tarifsenkungen

der Reichsbahn ausgiebig hinzuweisen, wird jedem Staatsbürger klar sein. Nur ist es allen,

die die gegenwärtigen Personen- und Frachttarife zu bezahlen haben, zu ihrem Leidwesen ebenso bewußt, daß dieses angeblich etwa 300 Millionen Reichsmark betragende Geschenk an die deutschen Eisenbahnbenutzer die deutsche Volkswirtschaft vor dem Zusammenbruch nicht zu retten vermag. Es ist buchstäblich ein „Tropfen auf den heißen Stein“ und wird außerdem durch Neubelastungen (Umsatzsteuererhöhungen usw.) größtenteils mehr als illusorisch gemacht.

Es sei heute unterlassen, wie es bei den früheren Vierteljahresberichten des Reichsverkehrsministeriums an dieser Stelle geschah, an Hand ausführlicher Zahlen das geradezu miserabile geschäftliche Ergebnis

zu illustrieren. Der Herr Reichsverkehrsminister betont nämlich, daß ein genaues rechnerisches Ergebnis noch nicht vorläge. Er hat nach seiner eigenen Angabe teilweise „vorläufig festgesetzte“ Zahlen eingelegt, die eventuell „berichtigt“ werden müßten. — Man kann annehmen, daß diese Berichtigung nicht gerade ein glänzenderes Bild ergeben dürfte. Es sei — immer nach den Angaben des

Herrn Reichsverkehrsministers — nur festgehalten, daß

eine arbeitsfähige Einnahme von 11,388 Millionen RM. im Berichtsjahr um täglich 2,997 Millionen oder 20,8 v. Hundert geringer war als die arbeitsfähige Einnahme im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die immerhin noch 14,383 Millionen RM. betrug.

daß fernerhin das provisorisch errechnete geschäftliche Gesamtergebnis des Jahres 1931 mit

3 782,7 Millionen Reichsmark

um 17,2 v. Hundert hinter der Gesamteinnahme des Jahres 1930 zurückbleibt.

Vergleichsweise sei noch angeführt, daß die arbeitsfähige Einnahme im Jahre 1929 weit über 17 Millionen RM. lag, so daß in zwei Jahren ein Einnahmerückgang von rund 33,3 v. Hundert zu verzeichnen ist.

Wir wollen es genug des grausamen Spiels sein lassen, und mit demselben Satz schließen, den wir als letzten Abschnitt des Berichts über dem Namenszug des Herrn Reichsverkehrsministers Treutmann finden:

„Die Beiträge aus dem Reich für Reparationszwecke nach den Vereinbarungen zum Hooverplan wurden rechtzeitig geleistet. Die Erträge der Besteuerungsteuer wurden stets gemäß dem Reich abgeführt.“

Sollte in dieser Festsage vielleicht die Ursache des Übels liegen?

SPD.-Bluff mit „Arbeitsbeschaffung“

Die neuesten Lügenparolen — Plumpdreister Wahlschwindel

Dr. W. Die Angst vor dem Entschluß des preußischen Volkes zeitigt bei der in den großkapitalistischen Kreisen seit gewordenen SPD.-Vorzugsparolen die absonderlichsten Blüten. Das schöne Leitwort aus Schillers „Don Carlos“, „Mein Gehirn treibt öfters wunderbare Blüten an“ scheint hier zum festen Bestand aller Größen und Hintergrößen zu gehören. Dabei liegt es uns natürlich völlig fern, etwa an die preußischen Polizeiektionen zu denken! Weit eher schon gehört der große Kampf von der „Arbeitsbeschaffung“ zu diesen wunderbaren Blüten, die jetzt vor der Wahl vor dem erstaunten Volk aufleuchten.

1918 gelangte auf Grund der Unterwürfung der Wehrkraft des Landes, im Rande mit der jüdischen Großfinanz die Sozialdemokratie zur Macht. Niemand hinderte sie, diese Macht schrankenlos zu gebrauchen und jahrelange Versprechungen einzulösen. Aber die Versprechungen wurden nicht eingehalten. Auf die „Sozialisierung“ warteten wir bekanntlich heute noch, und statt Arbeit und Brot haben wir nach 14-jähriger marxistisch-kapitalistischer Herrschaft 6 Millionen Volksgenossen, die hungern und arbeitslos durch die Straßen laufen. 14 Jahre lang war die Weisheit der Sozialdemokratie, in deren Reihen einst ein Vöbel und ein Legen gewirkt hatten, eine einzige Kette von Arbeit- und Volksverrat. Heute, wo der Volkszorn die saurierste, an Klubsessel und gebildete Tafeln genöthigte Bourgeois-Vorzugsparolen hinwegzunehmen droht, wo am 13. März 11 Millionen freibewußte Deutsche den Schrei nach Arbeitsbeschaffung laut und deutlich vernahmen ließen, heute befindet sich die verpörrichte Sozialdemokratie auf ihre „revolutionäre“ Tradition. Aber nur, weil die Kründen in Gefahr sind!

„Wir beschaffen Euch Arbeit, wählt Hindenburg!“ Da hatten wir im letzten Wahlkampf die neueste rosarote Parole. Mit Recht fragten sich viele Arbeiter, warum diese Parole nicht schon vor 4 oder 6 Jahren kam, und warum weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften auch nur das Geringste unternommen haben, diese in der Theorie sehr nett klingende Parole schon längst auch in die Praxis umzusetzen!

Der erste Wahlkampf liegt hinter uns, und jetzt ist man in den Gewerkschaften und sonst auch bei den berühmten ausländischen Stellen einigermaßen in Verlegenheit, wie man in diesem System und im Rande mit dem Großkapitalismus denn nun Arbeit beschaffen soll. Tatsache ist, Sozialdemokratie und Gewerkschaften wissen sich keinen Rat. Da aber die Preußen-Wahlen bevorstehen, muß eben etwas geschehen. Und so verlegt man sich aufs Winken. Die Gewerkschaften verfinden mit grohem Tam-Tam und Trara, daß sie der Regierung ein Arbeitsbeschaffungs-Programm vorlegen würden. Dieses freigezwirtschaftliche Arbeitsprogramm verlobt sich kaum der Diskussion. Es ist noch dürrer als das des berechtigten Wirtschaftsbeirates seligen Andenken, das, wie man hört, selbst am grünen Tisch nicht mehr diskutiert wird. Kaum einen Deut verraten die freien Gewerkschaften in

ihrem Arbeitsprogramm über die Finanzierung, und als der Weisheit letzten Schluß propagieren sie wieder die mit Recht so beliebte Aufnahme einer „Anstandsbanleihe“, die sich in diesem System als das „Selbst offene Damm“ immer wieder zeigen mußte. Die gewerkschaftliche Bürokratie hat aus den verhängnisvollen Folgen der Pumpwirtschaft gerade für das deutsche Arbeiterium nicht das Geringste gelernt.

Es muß mit aller Deutlichkeit festgelegt werden, daß es sich bei dem ganzen gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungs-Theater um einen plumpen und dreisten Wahlschwindel handelt. Der deutsche Arbeiter, um den sich die Herren Verbandsbürokraten und marxistischen Exzellenzen in den letzten 7 Jahren wenig zu kümmern pflegten, und die sie, selbst im Genuß der bank-kapitalistischen Fleischöpfe, einem grauenhaften Elend preisgaben, soll den Herrschaften wieder gut gehen, mit dem Stimmzettel der Partei-Bürokratie ein Leben in Freiheit, Schönheit und Würde auf ewig zu garantieren. Der deutsche Arbeiter soll zum so und so vielen Male wie ein Kalb seinen Messer selber wegschleichen. Die nationalsozialistische Auffklärung in den Betrieben wird dafür sorgen, daß das nicht gelingt. Wie ein Sturm wird unsere Auffklärungsarbeit durch die Betriebe jagen, und es wird sich bei den Preußen-Wahlen erweisen, daß das Arbeiterium weniger auf diesen dumdbrellen Reim kriechen wird, als ein gewisses bourgeois Ephektum, das sich in seinem Treue-am-Treue-Sinnel als selten instinktslos bewiesen hat.

Unser Siegeszug

Ein Nationalsozialist Präsident der Landwirtschaftskammer für Niederhessen.

Beim Zusammentritt der Niederhessischen Landwirtschaftskammer in Breslau am 18. März wurde Pa. Schneider, Ederborn, ohne Gegenstimme zum beidseitigen Einstimmigen Entschluß als erster nationalsozialistischer Präsident der Niederhessischen Landwirtschaftskammer gewählt. Pa. Schneider hat in Anwesenheit des Vorpräsidenten der Provinz Schlesien des Amt des Kammerpräsidenten angetreten und in derselben Sitzung eine mit stürmischen Beifall aufgenommene Ansprache gehalten. Schneider, Ederborn ist als Verfasser der ausgezeichneten agrarpolitischen Schrift „Unser täglich Brot“ bekannt, die im Parteiverlag P. Z. Ehrh Nachf. erschienen ist. Ein weiterer Sieg des Nationalsozialismus auf agrarpolitischem Gebiet ist damit errungen.

Die Pumperei geht wieder los!

Samburg, 18. März. In auswärtigen Blättern war die Meldung verbreitet worden, daß zwischen dem baltischen Staat und einer französischen Finanzgruppe Verhandlungen über eine langfristige Anleihe für Samburg geführt würden. In der Meldung hieß es weiter, es scheide allerdings noch nicht einwandfrei fest, ob die benötigte Finanzaktion auf dem Wege des Kredites erfolgen soll.

Demgegenüber erfahren wir von zuständigen Stellen, daß die Meldung in dieser Form nicht den Tatsachen entspricht. Es scheinen allerdings mit einer internationalen Finanzgruppe Verhandlungen, in der aber die Franzosen durchaus in der Minderheit seien. Im übrigen sei die ganze Angelegenheit noch durchaus in der Schwebe. (1)

Öfthilfe in Gefahr!

Interessen-Gegensätze im Brüning-Kabinett

Berlin, 21. März. Es fidert allmählich immer mehr durch, daß man sich innerhalb des Kabinetts Brüning über die Öfthilfe nicht mehr recht einig sein kann. Da das Reichsfinanzministerium gegen verschiedene wesentliche Bestandteile der Öfthilfe stets aufs neue angeht, hört man davon, daß der Kommissar für die Öfthilfe und Minister ohne Geschäftsbereich Schlang-Schönungen schon leise mit seinem Rücktritt gedroht hat, wenn man nicht endlich die Erfordernisse seiner Öfthilfe erfülle und die zur Umföhlung des Grundbedürfnisses notwendigen Mittel gebe. Daraufhin hat das Kabinett beim Reichsfinanzministerium Schlang-Schönungen vorläufig einmal mit 100 Millionen „aufrechengestellt“, ohne scheinbar weiter darüber nachzudenken, daß diese Summe aus anderen Kapiteln der Öfthilfe beschafft werden müßte. Diese Positionen werden dann selbstverständlich im kommenden Budgetjahr um diesen Betrag verringert. Die Ausföhlung der Kürzung der obengenannten Beträge und der mangelnden Masse, die Herrn Schlang-Schönungen zur Verfügung steht für die Öfthilfe und Gewerbe, aber auch für Kommunen, Provinzialbehörden usw. in Ostdeutschland, wird höchst unzureichend sein, insbesondere deshalb, weil vielfach bereits Verträge auf die öfthilfe ausstehenden Gelder abgelehnt wurden. Auch die Verringerung der Kreditunterstützung in Ostpreußen, wo man augenblicklich außerordentlich viel Holz in härtester Konkurrenz mit der Sowjetunion nach England und nach dem Westen des Reichs verkauft, wirkt nachteilig angeht der versprochenen Öfthilfe.

Bei den Provinzialbehörden Disprehen und auch Niederhessens geht das Gerücht, daß die Öfthilfegeber um ein Bedeutendes ungenügend der Umsölung gefözt werden sollen. Die Behörden und betroffenen Verbände haben sich deshalb vor einigen Tagen „bedauernd“ nach Berlin gewandt. Gerade aus dieser Gegend sind solche Vorstellungen interessant, da es sich hier um die wafreie Brüning und des früheren Reichsinnenministers Wirth handelt. Einestheils ist: Hindenburg hätte am 13. März in den genannten, auch für die kommenden Preußenwahlen so wichtigen Bezirken, bedeutend weniger „Vertrauensfundgebungen“ bekommen, hätte man dort in weiteren Kreisen von der Wfthilt der Reichsregierung bzw. des Reichsfinanzministeriums gewußt.